

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 6.25 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellbar. — Für Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bestände 20 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 35.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 11. Februar 1931.

13. Jahrgang.

Gerne gewähren, ungern bitten,
Niedres verheizen, Hohes leiten,
Sind stolzer Ihre beste Sitten,
Der nur ein Edler sich mag erdreisten.

Richert.

Die kommunistische Propaganda in Deutschland und die Verschärfung der politischen Gegensätze.

Das Giornale d'Italia veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 4. ds. Mts. einen Artikel seines Berliner Vertreters, den wir im Wortlaut wiedergeben.

Der Geisteszustand der arbeitslosen Massen verdient die allergrößte Aufmerksamkeit. Die apathische Gleichgültigkeit, die sich bisher in den Massen bemerkbar machte, beginnt einer Art Gereiztheit Platz zu machen, die bei jeder nur möglichen Gelegenheit auszuarten droht. Die ausländischen Arbeiter werden ziemlich unfreundlich behandelt und es kommt heute vor, daß solche ausländischen Arbeiter, die zehn oder mehr Jahre in Deutschland leben, plötzlich zur Abreise gezwungen werden, weil man ihre Arbeitserlaubnis nicht erneuert.

Diese und viele andere Umstände verschärfen die Geistesverfassung der Massen und schaffen dem seit einigen Monaten von den Kommunisten gegen die Sozialdemokratie und gegen die anderen Arbeitsorganisationen gerichteten Kampf einen günstigen Boden, wodurch die Erfolgsmöglichkeiten jener Kreise erhöht werden, die den Umsturz der gegenwärtigen Staatsordnung im Auge haben. Bekanntlich haben die Kommunisten in letzter Zeit eigene Gewerkschaften gegründet, die gegenüber den christlichen und freien Gewerkschaften sofort in eine Kampfstellung getreten sind. Man muß anerkennen, daß auf diesem Gebiet die deutschen Kommunisten in kürzester Zeit eine gewaltige Arbeit geleistet haben. Es sind allein 25 solcher Verbände, die alle über ihre eigenen Zeitungen verfügen und auch sonst ein ausgezeichnetes Mittelzeug zur Propaganda in den feindlichen Reihen besitzen, gegründet worden. Inzwischen aber dauert der Streit unter den Parteien fort, und täglich wird der Reichskanzler mit neuen Wünschen der Parteien überschüttet und der Federkrieg will kein Ende nehmen.

Man muß es dem Reichskanzler Brüning lassen: er hat in diesen fortdauernden Stürmen keinen Augenblick die Ruhe verloren und gewiß könnte er für das Wohl des Landes Großes leisten, wenn ihm die praktischen Möglichkeiten nicht fehlen würden. Leider ist aber seine tägliche Existenz von dem Wohlwollen der Sozialdemokraten und den anderen größeren und kleineren Fraktionen des Reichstags abhängig, und deshalb ist vorläufig an eine unabhängige Politik der Regierung, die dem Wohle des Landes dienen würde, nicht zu denken. Andererseits scheint es, daß der Kanzler eine Zusammenarbeit mit der Rechten endgültig ausgeschaltet hat und so bleibt auch für die Zukunft kein anderer Weg, als sich auf die Sozialdemokratie zu stützen und direkt oder indirekt mit dem Marxismus zu regieren. Diese Entschliebung Brünings hat in den letzten Wochen eine scharfe Trennung zwischen den Kräften des Landes gebracht. Die Parteien der Mitte haben sich ohne Bedenken an die Seite der Sozialdemokratie hinter die Regierung gestellt, während die Rechten, zu denen in diesem Falle auch ein Teil der deutschen Volkspartei zu zählen ist, Stellung gegen die Regierung und gegen den Reichskanzler, den sie heute ebenso schuldig wie die Marxisten halten, genommen haben. Aber auch die Agitation der Nationalsozialisten hat in letzter Zeit an Stärke zugenommen. Die Versammlungen arten im ganzen Lande zu Kundgebungen aus mit Ausschreitungen mit Toten und Verwundeten im Gefolge. Die Erbitterung steigt im politischen wie im wirtschaftlichen Lager von Tag zu Tag, so daß man wohl sagen kann, daß hier ernste Dinge bevorstehen.

Entschuldungslüge und Aufwertungsproblem.

Bedeutung und Auswirkungen des Kampfes gegen die Entschuldungslüge im Zusammenhang mit einer Neuordnung des gesamten Aufwertungsproblems.

Oft hört man, die Inflationsgeschädigten sollten nur ruhig sein, denn sie hätten nur Geld verloren, und denen, die ihre Kriegsgeldscheine bewahren, könne man auch keinen Ersatz für ihre Verluste geben. Diese Auffassung hat nur einen Schein von Berechtigung, mehr aber auch nicht, denn tatsächlich liegen die Dinge so, daß nicht der eine Teil unseres Volkes durch den Krieg seine Angehörigen verloren hat, der andere durch die Inflation und ihre Folgen seine Ersparnisse, sondern daß in weitestem Umfange die gleichen Menschen erst im Kriege ihre Männer, Brüder und Söhne opferten und daß ihnen später durch die Inflation und die sogenannte Aufwertungs-Gesetzgebung Vermögen und Ersparnisse geraubt wurden. Wie oft habe ich von alten Rentnern gehört: „Wenn mein Sohn nicht gefallen wäre, brauchte ich den Verlust meiner Ersparnisse nicht so beklagen, denn dann würde er für mich sorgen.“ Wie mancher Kriegervater fehlen die Ersparnisse, die sie vor dem Kriege mit ihrem Manne gemacht hat, fehlt das Familienvermögen, das sie inzwischen von ihren Eltern ererbt haben würde, auf das Bitterste bei der Erziehung und Berufsausbildung ihrer Kinder. Und diese Auswirkungen der Inflation finden wir nicht nur in den breiten Schichten des Mittelstandes, bis tief hinein in die Kreise der Arbeiterschaft wirken sie sich in gleicher Weise aus.

Widerlegt werden muß auch der Einwand, daß Haus- und Grundbesitzer nie mit einer Neuordnung der Aufwertung einverstanden sein könnten, weil jede weitere Hypothekenaufwertung eine zu große Belastung für sie sein würde. Es ist richtig, daß in diesen Kreisen, in denen oftmals ein mißverständenes Portemonnaie-Interesse großartige Gedankengänge unmöglich macht, Aufklärung besonders notwendig ist. Selbstverständlich kann eine höhere Hypothekenaufwertung nur unter gleichzeitigem Abbau der Hauszinssteuer stattfinden (siehe auch die Wärschner-Broschüre) und außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die alten soliden Hausbesitzer in den allermeisten Fällen nicht nur Hypothekenschuldner waren, sondern auch Gläubiger, d. h. Besitzer von Staatspapieren, Bankguthaben und dergl. mehr. (Die Banken sind unbegreiflicherweise nach den jetzigen Aufwertungsgeboten von jeder Aufwertungspflicht verschont, erhalten aber ihrerseits im Jahre 1932 eine Aufwertung von schätzungsweise annähernd 5 Milliarden!). Man könnte, ja, bei Herabsetzung der Tributlasten müßte man die Aufwertung von diesen Teilgebieten (Aufwertung der Reichsanleihen, der Sparguthaben bei den Banken usw.) her in Angriff nehmen. Dann könnten die Hausbesitzer nicht mehr glauben, daß nur sie dazu herhalten müßten, um auf ihrem Rücken die Aufwertung austragen zu lassen. Außerdem würde mit der Wiederherstellung des alten Volkseinkommens eine Belebung des privaten Baumarcktes einsehen, die die beste Möglichkeit zur Ueberwindung der Wohnungsnot (Ursache der furchtbaren Schäden und unbillbaren Zustände auf den verschiedenen Gebieten!) und zu der gerade von Hausbesitzerkreisen erhobenen Forderung der Wohnungszwangswirtschaft sein würde.

Schließlich hört man, daß über eine weitere Aufwertung nicht gesprochen werden dürfe, um bei den bedauernswerten Inflationsgeschädigten nicht neue Hoffnungen zu erwecken, die doch zu neuen Enttäuschungen führen müßten.

Hier liegt in der Auffassung über die Wiedergutmachung des Inflationsunrechtes ein Kardinalfehler, den wir bei vielen gutgesinnten Menschen finden. Sie meinen, daß diese an sich sehr wünschenswerte Wiedergutmachung nur den inflationsgeschädigten Rentnern und Sparern zugute kommen, die Allgemeinheit dagegen mit neuen Steuern belasten würde.

Tatsächlich würde die Auswirkung der Wiedergutmachung des Inflationsunrechtes, richtiger gesagt, die möglichst umfassende Wiederherstellung des nur scheinbar vernichteten Volkseinkommens, sich bis auf den letzten erwerbslosen Arbeiter, der nie durch die Entwertung einen Spargroschen verloren hat, erstrecken, denn Wiederherstellung des alten Volkseinkommens ist gleichbedeutend mit Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, Verminderung der Erwerbslosigkeit, Befundung des deutschen Lebens überhaupt.

Viele Politiker und Wirtschaftler fordern heute in Wort und Schrift die Erhöhung der Kaufkraft unseres

Volkes zwecks Belebung unseres Innenmarktes und die Wiederherstellung des Vertrauens zum deutschen Finanzgebahren. Daß und wie man beides totgeschwiegen hat und wie allein es wieder zu wecken wäre, wird meistens nicht gesagt. Daß tatsächlich, da die Auslandsmärkte aus den verschiedensten Gründen für unsere Ausführwaren nicht aufnahmefähig sind, nur die Hebung der Kaufkraft des deutschen Innenmarktes unsere Wirtschaft beleben und damit die Arbeitslosigkeit in weitestem Maße herabgesetzt werden kann, wird allgemein zugegeben; daß es durchgreifender Maßnahmen neuer Art bedarf, um diese Belebung zu erreichen, wagt man sich vielfach noch nicht einzugesuchen. Ebensovienig wird zugegeben, daß als Folge der absichtlich herbeigeführten Inflation (Beweise hierfür sind zahlreich vorhanden!) die schon in bare innere Entschuldung Deutschlands diesen Vorwand für die antragbare Tributbelastung, die erst im Dawesplan festgelegt und dann im Youngplan aufs neue verankert worden ist, gegeben hat.

Anstatt die inneren Schulden anzuerkennen und nach Maßgabe der Finanzlage des Reiches zu verzinsen, was Zinsen, d. h. vermehrten Geldumlauf, erhöhte Kaufkraft, Wirtschaftsbelebung, Einschränkung der Arbeitslosigkeit, zur Folge gehabt haben würde, ließ die deutsche Regierung bei den Dawesverhandlungen erklären, daß das deutsche Reich durch die Inflation entschuldet sei. Die Folgen dieser Erklärung sehen wir in dem bekannten, verschiedentlich wiederholten Ausspruch des Generals Dawes selbst:

„Wir konnten Deutschland so hohe Lasten auferlegen, weil das Reich seine inneren Schulden durch einen Föderstich annulliert hatte. In anderen Fällen hätten wir weniger nehmen müssen. An der Annullierung der inneren Schulden Deutschlands waren wir unbedeutend.“

Auf Grund dieser vermeintlichen inneren Entschuldung geht dann bekanntlich das Sachverständigengutachten davon aus, daß Deutschland, „wenn es die Last seiner eigenen Schulden weiter getragen und sie nicht durch Inflation zum Verschwinden gebracht hätte, neben seinen sonstigen Ausgaben noch weitere 4½ bis 5 Milliarden jährlich hätte ausbringen müssen; deshalb wäre es so wohl gerecht, wie auch möglich, in seinem Haushalt Ausgaben in Ansatz zu bringen, die den Kriegsausgaben im Haushalt der Alliierten einigermaßen entsprechen.“ Es wird weiter gesagt, „dieses Verschwinden habe die gleiche Wirkung ausgelöst wie eine Vermögensabgabe zum Zweck der Schuldentilgung“ und „diese Tatsache läßt eine größere Belastung für andere Kriegsschulden, als es sonst möglich gewesen wäre, als durchführbar und gerecht erscheinen.“

So ist also die ungeheure Tributbelastung, an der das deutsche Volk zu Grunde zu gehen droht, auf unrichtigen Voraussetzungen aufgebaut, die durch die unbegriffliche Erklärung der deutschen Regierung (in nachstehendem kurz die Entschuldungslüge genannt) selbst geschaffen worden sind.

Wollen wir also zu einer erfolgversprechenden Revision des Youngplans kommen, müssen wir sie in erster Linie von der Entschuldungslüge her in Angriff nehmen. Würde sie von vornherein nur von der Kriegsschuldfrage, die ganz gewiß deswegen nicht außer Acht gelassen werden soll, her aufgerollt, so wäre mit weit größeren Widerständen bei den Gegnern sowohl wie in Deutschland selbst zu rechnen. Außerdem bestände die Gefahr, daß bei den Verhandlungen, wie das früher schon der Fall gewesen ist, sich die Einflüsse des Großkapitalismus in der Art geltend machen würden, daß alle zu erhoffenden Erleichterungen nur ihm zugute kommen würden, während das Volk in seiner Gesamtheit nicht entlastet würde. Damit wäre aber der Zweck der Herabsetzung der Tributlasten, nämlich Belebung der Wirtschaft durch vermehrten Kapitalumlauf im Inlande, Hebung der Inlandskaufkraft, Schaffung von Arbeit, Lohn und Brot für unser Volk und damit Vinderung des unsagbar gewordenen wirtschaftlichen, moralischen und kulturellen Elends ins Gegenteil umgeschlagen. Statt Besserung der Gesamtlage wäre zu befürchten, daß der Kapitalismus es verstehen würde, die nicht mehr dem Auslande zu zahlenden Tribute in die eigene Tasche zu leiten, um sie dann in noch größerem Umfange als bisher im Auslande unterzubringen (Kapitalflucht!), wodurch Deutschlands Wirtschaft weiterhin an Kapitalarmut — Hungerleere Kassen und schließlich zugrunde gehen würde.

Wenn dagegen der Kampf gegen die Entschuldungslüge Erfolg hat, so würden:

1. die Younglasten etwa um die Hälfte herabgesetzt werden, 2. die Kriegs- und Vorkriegsschulden des Reichs, der Länder und Gemeinden müßten anerkannt und zu einem tragbaren Satz verzinst werden (Vermehrter Geld-

umlauf und damit Hebung der Kaufkraft im Inlande gleich Schaffung von Arbeit und Minderung der Erwerbslosigkeit), 3. diese „Aufwertung“ der öffentlichen Schulden würde eine Aufwertung der privaten Schuldforderungen nach sich ziehen. Dafür weisen gangbare Wege Major Pöhl, Abg. der Volksrecht-Partei im Preussischen Landtage und der Berliner Finanzfachverständige Karl Marckner, 4. würden die Grundstücke, die während der Inflation von Ausländern gegen geringe Summen erworben wurden, wieder dem deutschen Volkvermögen einverleibt werden. Man spricht von Milliardenwerten in ausländischem Besitz, für die Mieten von vielen Millionen jährlich ins Ausland gehen, während die Häuser, an deren Erhaltung die ausländischen Besitzer kein Interesse haben, verfallen und die ehemaligen Besitzer, zu Bettlern gemacht, der öffentlichen Fürsorge anheimzufallen, 5. würde das Vertrauen zu deutscher Ehrlichkeit und deutschem Finanzgebahren wieder hergestellt und damit die Kapitalflucht aufs wirksamste bekämpft werden.

Die Auswirkungen eines erfolgreichen Kampfes gegen die Entschuldungslüge würden sich also in weitestem Maße segensreich bemerkbar machen, gilt es doch im außen- und innenpolitischen Leben unseres Volkes kaum ein Gebiet, dessen Uebelstände und Schattenseiten nicht in der einen oder anderen Art auf das Inflationsverbrechen zurückzuführen sind.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Bestrebungen für gerechte Aufwertung, für Wiedergutmachung des Inflationsunrechts durch möglichst weitgehende Wiederherstellung des Vorkriegs-Volkvermögens unter Widerauf der Entschuldungslüge und bei gleichzeitiger Herabsetzung der Tributzahlungen sich keineswegs von kleingeistigen Beweggründen leiten lassen, wie oft fälschlich angenommen wird.

So furchtbar die Not der geschädigten Rentner und Sparrer ist und so sehr es allererstes Gebot ist, hier für Abhilfe zu sorgen, so bietet unser Kampf über dieses Ziel hinaus die einzige Möglichkeit für einen gesunden Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und damit für eine Gesundung des deutschen Lebens überhaupt.

E. Teuffert, Harburg/Wilhelmsburg 1, Kapellenweg 43.

Das Paradies der arbeitenden Klasse.

Erfahrungen eines deutschen Bergmanns im Donezgebiet.

Ein aus dem Donezgebiet zurückgekehrter westfälischer Bergmann hat der Reichsstelle für das Auswanderungswesen den folgenden Bericht zur Verfügung gestellt, der in seiner Einfachheit und Knappheit besonders eindringlich wirkt.

Ich wurde am 3. 8. 1930 für eine Grube im Donezgebiet angeworben. Zugelassen wurde uns ein Lohn von 140 Sowjetrubeln, ausreichende Verpflegung und Arbeitskleidung. An Ort und Stelle sah es jedoch anders aus. Der Lohn von 140 Rubeln monatlich gilt nur für die ersten drei Monate als Garantielohn, alsdann tritt Entlohnung im Gedinge und Akkord ein. Wie uns russische Hauer erzählten, können hierbei Löhne von nur 63 bis 65 Rubeln heraus.

Die Lebensweise nach russischer Art erfordert monatlich für eine Person schon allein ungefähr 40 bis 50 Rubel. Um hiervon leben zu können, ist man gezwungen, einer Kooperative anzugehören. Diese Kooperative bewohnt ein Gemeinschaftshaus, worin alles durchgehandelt. Einzelwohnhäuser wie in Deutschland gibt es dort, wo ich war, nicht. In einer gemeinsamen Küche wird von einem russischen Koch auf russische Art gekocht. Der russische Arbeiter ist zufrieden, wenn er einen He-

ring und eine rohe Gurke hat und dieses verzehren kann. Eine auf unseren Wunsch gekochte Erbsensuppe bestand aus gemahlenen Erbsen, Wasser und Salz und darüber geschüttetem Sonnenblumenöl. Ein anderes Mal gab es eine Suppe, die aus Kohl, Tomaten und Sonnenblumenöl bestand. Ein anderes Fett wie dieses Öl, sowie Schweinefleisch hatte man dort nicht.

Da die auf diese Art zubereiteten Speisen uns nicht bekömmlich waren, baten wir den zuständigen Sekretär, uns zu erlauben, einen deutschen Koch zu bestellen. Dem stand nichts im Wege. Es wurde jedoch dabei gleich gesagt, keine Gewähr dafür übernehmen zu können, daß dem deutschen Koch die nötigen Waren und Zutaten geliefert werden könnten, um nach deutscher Art Speisen zuzubereiten. Wir haben dann von unserem Vorhaben Abstand genommen.

Als es uns nun mit der Verpflegung zu arg wurde, haben wir sogar einen Tag gestreikt. Erst dann wurde es etwas besser.

In der Gegend, wo ich war, ist man ganz auf die Kooperative angewiesen. Im Freihandel sind die Preise unerschwinglich, d. h. wenn überhaupt etwas zu haben ist. Ein russisches Pfund Butter (400 Gramm) kostet 8 Rubel. So ging es auch mit der Arbeitskleidung. Erst nach wiederholtem Vorstelligwerden wurde uns eine Arbeits-hose aus Sackleinen, eine dünne Zoppe (eine Art Lifter-hose) und ein Paar Galoschen (Gummischuhe, aus einem Stück gefertigt) geliefert. Letztere werden, wenn man im Wasser arbeiten muß, weich und so groß, daß man sie nicht mehr gebrauchen kann. Arbeitschuhe nach deutscher Art kennt der russische Bergarbeiter nicht.

Bezüglich der Sauberkeit hapert es dort auch. Das Trinkwasser mußte dort, wo wir waren, in Wasserfellen herangeschafft werden. Bei der großen Hitze, die dort im Sommer herrscht, sind Erkrankungen an Ruhr keine Seltenheit. Ueberhaupt scheint das Klima in Sommer dort unten sehr ungesund zu sein; tagsüber große Hitze, in der Nacht starke Abkühlung. Von unserem Transport sind die meisten Auswanderer malarialkrank geworden. Wir wurden fünfmal zum Schutze gegen Malaria geimpft.

Wegen dieser Krankheit bin ich, sowie auch andere Auswanderer, am 17. 9. 1930 wieder abgereist. Bis in die Heimat wurde uns freie Fahrt gewährt. In Charkow wurden wir erst einige Tage auf Kosten des Trufes, von dem die Zechen veraltet werden, in einem großen Hotel verpflegt, und zwar sehr reichlich. Ich hatte das Gefühl, daß man damit den schlechten Eindruck, den wir an unserer Arbeitsstelle gewonnen hatten, verwischen wollte.

Wir waren die ersten Deutschen, die für diese Grube angeworben waren. Fast alle sind wieder zurückgekehrt. Von einem Transport Bolivier von 100 Mann wurde dort erzählt, daß 98 Mann nach dem Verfahren von nur einer Schicht sich zu Fuß wieder zum nächsten Bahnhof begeben hätten, eben wegen der mäßigen Klima- und sonstigen Verhältnisse. Einem Arbeiter mit größerer Familie ist es unmöglich, dort unten zu existieren, wenn auch, wie es dort üblich ist, die Frau mitarbeitet. Die Kinder kommen dann in ein sogenanntes Kinderheim. Es kommt dann oft vor, daß sich die Familienangehörigen tagelang gegenfeitig nicht sehen.

Bei der Arbeit an und für sich konnte man es wohl aushalten. Es wurde von keiner Seite angetrieben. Nur hat man dort, wo ich war, noch nicht die modernen Abbaumethoden. Es wurde noch mit Hacke, Handäxte und Meißel gearbeitet. Meine Auffassung ist die, daß es für eine deutsche Arbeiterfamilie, die geordnete Verhältnisse gewohnt ist, unmöglich ist, sich dort einzuleben und mit den dortigen Zuständen auf die Dauer abzufinden.

tes, verbittertes Herz haben sie aus der Stadtgemeinde heraus in die Einöde der Gölzheimer Heide getrieben. Auf die aller verschiedenste Weise sind sie hierhergekommen. Da sind einige, die wohl Arbeit, aber keine Wohnung in der Stadt gefunden und sich nun hier draußen, wie der oben erwähnte Arbeiter, eine Notwohnung errichtet haben, die sie als Uebergang betrachten. Da sind manche, die aus ihren städtischen Wohnungen wegen rückständiger Miete ausgesiedelt sind und das Asyl für Obdachlose mit seinem Massenelend scheuen. Aus dem Verkauf ihrer Möbel haben sie sich die Mittel zum Bau des Häuschens auf dem Heinefeld geschafft, das durchschnittlich 200—250 M. kostet; so befinden sie sich meist in großer Not. Wieder andere sind bereits im Obdachlosen-Asyl gewesen, aber haben die sittlichen Zustände dort, vor allem auch das Gefühl, nie allein und unbeachtet zu sein, nicht ertragen können, und haben sich durch die Flucht auf das Heinefeld gerettet. Auch das Verlangen nach einem eigenen, wenn auch noch so bescheidenen Heim und einem Gärtchen spielt vielfach bei der Uebersiedlung auf das Heinefeld mit. Die von auswärts Zugewanderten, die durch die Wohnungsnot auf das Heinefeld verschlagen wurden, sind größtenteils Ostpreußen, wie denn überhaupt die Ostpreußen einen erstaunlich starken Prozentsatz der in den letzten Jahrzehnten nach Düsseldorf zugewanderten Bevölkerung stellen.

„Das ist das Land, um deswillen unser Ostpreußen entvölkert wird und in Gefahr steht, von Polen überfremdet zu werden,“ sagte mir einst ein ostpreussischer Gutsbesitzer mit schwerem Seufzer, als wir von den Verhältnissen in Westdeutschland sprachen. Was für eine Warnung könnte ein Blick auf das Heinefeld für allzu wanderlustige Ostpreußen sein!

Ein großer Teil der Heinefelder ist heute erwerbslos und lebt von den staatlichen und kommunalen Unterstützung. Die Fleißigen benutzen die Zeit, um an ihrem Häuschen zu schaffen, einen Zaun um das Gärtchen zu ziehen und ihre Umgebung fremdbüchler zu gestalten. Viele aber verstehen es, sich um jede Arbeit herumzudrücken und sind in Gefahr, völlig zu versumpfen. Um so größer ist diese Gefahr, als die Möglichkeit einer sitt-

Rundgebung der Bergarbeiter.

Für die Erhaltung der Knappschaftsversicherung.

Im Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen versammelten sich etwa 2000 Vertrauensmänner der vier Bergarbeiterverbände, um eine Rundgebung für die Erhaltung der Knappschaftsversicherung zu veranstalten. Reichstagsabgeordneter Imbusch, der Vorsitzende des Gewerkevereins Christlicher Bergarbeiter, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er ausführte, die verantwortlichen Stellen müßten davon überzeugt werden, daß weitere Zuschüsse für die Knappschaft unerlässlich seien.

Reichstagsabgeordneter Hufemann, der Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes, schilderte die Entwicklung der Knappschaftsversicherung und bezeichnete dabei wohl eine Senkung der Ausgaben als auch eine Erhöhung der Beiträge als unmöglich. Schon heute müsse der aktive Bergarbeiter 15 bis 17 v. H. seines Lohnes an Sozialversicherung abführen. Wie katastrophal sich die Dinge gestalten haben, ergebe sich daraus, daß 1924 auf 5,92 aktive Bergarbeiter ein Invalidenrentner entfallen sei, während es Oktober 1930 bereits 2,2 gewesen seien.

Zum Schluß kam Abg. Hufemann noch auf den Besuch der Bergarbeiterführer beim Reichspräsidenten zu sprechen. Er erklärte, die Bergarbeiterführer seien mit dem Eindruck aus dem Reichspräsidentenpalais gegangen, daß der Reichspräsident die Berechtigung der Wünsche der Bergarbeiter anerkannt habe. Der Reichspräsident habe versichert, daß er mit ganzem Herzen bei der Sache der Bergarbeiter sei, und er wünsche, daß ihnen geholfen werde.

Hierauf wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die vorhergegangenen Ausführungen ihren Niederschlag fanden und in der es zum Schluß heißt: „Die Bergarbeiter und ihre Vertreter, die Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen erwarten, daß alles getan wird, um der Knappschaft die notwendigen Mittel durch Reichszuschüsse oder durch Erhebung einer Produktionsumlage zu sichern.“ In seinem Schlußwort bezeichnete Reichstagsabgeordneter Imbusch die Rundgebung als einen

SED-Auf der Bergarbeiterschaft für Erhaltung der Knappschaft.

Es hätte keiner das Recht, den Bergarbeitern den Vorwurf zu machen, sie hätten kein Interesse an der Erhaltung der deutschen Wirtschaft, das Gegenteil sei richtig, denn gerade der deutsche Arbeiter sei auf Gedeih und Verderb mit der deutschen Wirtschaft verbunden.

Butler erhält einen Verweis.

Das kriegsgerichtliche Verfahren eingestellt.

Nach einer Mitteilung des Marineamts der Vereinigten Staaten ist das gegen General Butler wegen seiner drastischen Äußerungen über Mussolini anhängig gemachte Kriegsgerichtsverfahren eingestellt worden. Dieser Beschluß wurde gefaßt, nachdem Marinesekretär Adams ein Schreiben des Generals erhalten hatte, in dem er darauf hinweist, er sei des Glaubens gewesen, daß seine Rede in Philadelphia am 19. Januar vertraulichen Charakter gehabt habe und sich wegen der Indiskretion entschuldigt.

In seinem Antwortschreiben betont Marinesekretär Adams, daß das Marineamt das Verhalten des Generals unbedingt verurteile und ihm einen Verweis erteile. In Anbetracht der hervorragenden Verdienste Butlers solle jedoch das Kriegsgerichtsverfahren eingestellt werden. Der Marinesekretär gibt am Schluß seines Schreibens der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Vorkommnis eine heilsame Wirkung auf das Verhalten des Generals bei ähnlichen Anlässen ausüben werde.

lichen Ansteckung auf dem Heinefeld sehr groß ist, da auch allerlei dunkles Gefindel hier seine Schlafpinnkel hat. Auch Zigeuner lassen sich mit ihren Wagen mit Vorliebe in der Nachbarschaft des Heinefeldes nieder. Gerade diese Durchsetzung mit allerlei verbrecherischen Elementen schafft eine so starke Atmosphäre des Mißtrauens auf dem Heinefeld, daß dadurch die Bildung einer sozialen Gemeinschaft unter den Bewohnern sehr erschwert wird.

Das Mißtrauen kann nur durch Liebe überwunden werden, und wo den Heinefeldern Liebe begegnet und Verständnis für ihre Not, da schwindet allmählich dieses Mißtrauen und an seine Stelle tritt Liebe und Dankbarkeit.

Wir dürfen mit Freude berichten, daß die evangelische Kirche diesen Weg der Liebe den Heinefeldern gegenüber beschritten hat. Es ist einige Jahre her, da „entdeckte“ ein Düsseldorfser Hilfsprediger die wilde Siedlung in der Gölzheimer Heide. Er war der erste Pfarrer, der sie betrat und sah sofort, welche großen Aufgaben hier vorlagen. Anfangs begegnete er viel Mißtrauen, ja, offener und versteckter Feindschaft. Aber bald merkten die Leute des Heinefeldes, daß sie einen wirklichen Freund in ihm gewonnen. Es gelang ihm, weitere Kreise Düsseldorfs auf die Not des Heinefeldes aufmerksam zu machen. Kleider und Möbel wurden ihm zur Verfügung gestellt, die er den Familien aber nur als Lohn einer Arbeitsleistung zum Besten der Allgemeinheit abgab. Auch das Geld zu einem Versammlungsraum, der zugleich die Kleinkinderschule beherbergte, wurde beschafft. Der schon mehrfach erwähnte Arbeiter R., der seinerzeit den Bericht im Aufmarsch über seine Ansiedlung auf dem Heinefeld geschrieben, willigte in einen Anbau an sein Häuschen. In Verbindung mit ihm und einem arbeitslosen Bauarbeiter ging der Hilfsprediger ans Werk. Ein Raum von 5 mal 4 Metern wurde von den drei Männern geschaffen, ein Kanonenofen hineingetan und das „Gemeindehaus“ war fertig.

Es ist vielleicht das dürftigste und bescheidenste „Gemeindehaus“ im ganzen deutschen Reich, aber für die Bewohner des Heinefeldes von geradezu unschätzbarem

Ran

Die erste Sitzung am

Die erste Sitzung am 10. d. M. war nach dem die Kommunisten Rauch, monach die überwiesenen etwa der Strafverfolgung erledigt werden und verlangten die Tagesordnung. Auflisten zum Angriff seit des Hauses bei Anwesenheit von 289 ihre Karten im Haus also beschliffen flakteten in d. ist da!

In der neuen S. (Sog.) abermals die D. zeitig beantragte er und die Einberufung und die Abstimmung belandend, so daß der der Antrag Sog. w. abgelehnt.

Bei der dann beg. auf Verschärfung der (ängere Auseinander- (Nat.-Sog.) protektier- rungen und erklärte, hörten Vorstoß gegen d. die Auseinander- zeit, die einen eregt sich unter Ablehnung gung einer ein

durch eine Mehrheit g. Nunmehr erhielt sozialisten mit Zwisch- gründung der Antrags- ung. Präsident B. und wies mehrere Kon- Abg. Wülfel, legte die Gummiknäuel auf

In der Begründung zeichnete Abg. Bell die Parlamentarismus so z. B. die Ersetzung Ausschussberatung. D. teilen betroffen würde gung der Minderheit des Reichstags müsse sition Schuß beanspru- Kritik erschöpfen.

Abg. Graf-Thü- Antrag Bell bedrohte nützlich. Der Antrag- ung nehme geschäft- um mit einfacher M- folgen, für die eine- sogenannten Reform- um eine Sicherung de- Wepfisch-Braun zur- hätten.

Zum Schluß sein- verschiedene Änderun- Abg. Dr. Frank- Bell hätte gar nicht- denn er sei unwahr- ung der nationalen E- nalsocialisten gehe, we- Die Nationalsozialiste- er Disziplin. Wenn si- liegenden bekämpft in- sozialisten die Verant- nen zur Waffe des Vi-

Wert. Hier können v- melt werden. Das H- sich bei den obdachlos- handelte, die keine F- familie mit insgesam- und 14. Jetzt liegt- Hand von R. K. f. s- lter, eine ausgebildete- und eine Anzahl von- dem Heinefeldes stell- werther Frauenschule- felde gekocht.

Außer der Kleink- des Heinefeldes in- Anfangs erschienen si- zurückhaltend, aber i- Kleinen, unter der 2- und bekamen Mut zu- zum Besten ihrer Ar- dieser Arbeit an der- Segen auf das Heine-

Am wichtigsten sch- auf dem Heinefeld. i- die Schule in Unter- sich völlig selbst über- heim keine Möglichk- und treiben sich nur z- her. Der Kinderhort- Arbeiter R. sein Hä- eine Siedlungskolon- wurde der Kinderhort- ein alter Ostpreuße- konnten bisher nur e- die winzige Stub- n- Schularbeiten mach- Spielen und Handar- füllt ist.

Die Buben stehen- men zu werden, und- allerhand Unfug. S- meindehauses, das-

Rampfführung des Reichstags.

Die erste Sitzung aufgeschoben. — Heftige Auseinandersetzungen über die Änderung der Geschäftsordnung.

— Berlin, 9. Februar 1931.

Die erste Sitzung des Reichstags in der neuen Woche war nach kurzer Zeit bereits wieder zu Ende. Die Kommunisten protestierten gegen den Antrag, wonach die dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesenen etwa 300 Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten im Plenum erledigt werden sollen, als geschäftsordnungswidrig und verlangten die Abweisung dieses Antrags von der Tagesordnung. Als danach auch die Nationalsozialisten zum Angriff übergingen und die Beschlussfähigkeit des Hauses bezweifelten, ergab die Auszählung die Anwesenheit von 276 Abgeordneten. Da mindestens 289 ihre Karten hätten abgeben müssen, war das Haus also beschlussunfähig. Die Nationalsozialisten klatschten in die Hände und riefen: „Die Pleite ist da!“

In der neuen Sitzung bezweifelte Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) abermals die Beschlussfähigkeit des Reichstags, gleichzeitig beantragte er die Unterbrechung der Verhandlung und die Einberufung des Reichstagsrats. Bei der folgenden Abstimmung bekannten sich 291 Abgeordnete als anwesend, so daß der Reichstag damit beschlussfähig war. Der Antrag Stöhrs wurde danach in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Bei der dann beginnenden Beratung des Antrags Bell auf Befreiung der Geschäftsordnung entwickelte sich eine längere Auseinandersetzung über die Redezeit. Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) protestierte heftig gegen die geplanten Änderungen und erklärte, man habe es hier mit einem unerhörten Vorstoß gegen die Rechte der Minderheit zu tun. Die Auseinandersetzungen über die Dauer der Redezeit, die einen erregten Verlauf nahen, endeten schließlich unter Ablehnung längerer Redezeiten mit der Bewilligung einer

einständigen Redezeit

durch eine Mehrheit gegen das Zentrum.

Nummer erhielt Abg. Bell (Ztr.), von den Nationalsozialisten mit Zwischenrufen begrüßt, das Wort zur Begründung der Anträge auf Befreiung der Geschäftsordnung. Präsident Lohde erteilte wiederholt Ordnungsrufe und wies mehrere Kommunisten aus dem Saal; einer davon, Abg. Mühsel, legte darauf einen Schußwaffen und einen Gummiknüppel auf den Präsidententisch.

In der Begründung der Geschäftsordnungsanträge bezeichnete Abg. Bell diese Maßnahmen als einen Anfang der Parlamentsreform. Weitere Änderungen müßten folgen, so z. B. die Ersetzung der zweiten Staatslesung durch die Ausschussberatung. Da von diesen Maßnahmen alle Parteien betroffen würden, könne man von einer Vergewaltigung der Minderheit nicht sprechen. Die Aktionsfähigkeit des Reichstags müsse gewährleistet sein. Wenn die Opposition Schutz beanspruche, dürfe sie sich nicht in zersetzender Kritik erschöpfen.

Abg. Graf-Thüringen (Dn.) führte aus, die durch den Antrag Bell bedrohte Opposition sei auch für die Regierung gefährlich. Der Antrag zur Befreiung der Geschäftsordnung nehme geschäftsordnungsmäßige Dinge zum Vorwand, um mit einfacher Mehrheit Verfassungsänderungen durchzuführen, für die eine Zweidrittelmehrheit fehle. Bei der sogenannten Reform der Geschäftsordnung handele es sich um eine Sicherung des Pakts, den Dr. Brüning mit Weizsäcker-Braun zur Sicherung ihrer Herrschaft geschlossen hätten.

Zum Schluß seiner Ausführungen begründete Medner verschiedene Änderungsanträge. Abg. Dr. Frank (Nat.-Soz.) erklärte, der Antrag Bell hätte gar nicht zur Beratung gestellt werden dürfen, denn er sei unanständig und bezwecke nur die Niederhaltung der nationalen Opposition. Wenn es gegen die Nationalsozialisten gehe, werde die Verfassung immer gebrochen. Die Nationalsozialisten hielten ihre Anhänger in straffer Disziplin. Wenn sie aber durch Anträge der Art des vorliegenden bekämpft würden, dann lehnten die Nationalsozialisten die Verantwortung dafür ab, wenn diese Millionen zur Waffe des Bürgerkrieges greifen sollten.

Angenommen!

— Berlin, 9. Februar. Die Reichstagsausprache über die Maßnahmen zur Änderung der Geschäftsordnung, die um 16 Uhr ihren Anfang genommen hatte, zog sich bis gegen 23 Uhr hin. In einer bewegten, an Zusammenstößen, Abstimmungen und Geschäftsordnungsausprachen reichen Sitzung wurde schließlich nach Abschluß der Aussprache ein Antrag des Zentrums angenommen, über sämtliche Änderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen. Die Änderung der Geschäftsordnung gemäß dem Antrage des Abgeordneten Bell wurde schließlich mit 300 gegen 160 Stimmen beschlossen. Weitere Anträge auf Änderung anderer Bestimmungen der Geschäftsordnung wurden mit 286 gegen 173 Stimmen abgelehnt.

Die rote Nelke.

— Berlin, 9. Februar. Bei den am Montagabend im Reichstag vorgenommenen Abstimmungen über die Anträge der Opposition auf Änderung der Geschäftsordnung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Oppositionsparteien und dem Vizepräsidenten Esser. Allmählich hatte sich aber die Stimmung im Hause sehr gehoben und unter stürmischer Heiterkeit überreichte Vizepräsident Stöhr dem amtierenden Vizepräsidenten Esser eine rote Nelke, die dieser unter Austausch eines Händedrucks annahm.

In einem Schlußwort zu der ganzen Geschäftsordnungsangelegenheit erklärte der Nationalsozialist Stöhr, die Reichstagsmehrheit habe durch diese Abstimmungen nunmehr ihren Kampf gegen die nationale Opposition zum Abschluß gebracht. Sie habe damit aber keinen Sieg errufen. Vor der ganzen Welt werde gegen diese Vergewaltigungspolitik Einspruch erhoben werden. Die Nationalsozialisten und Kommunisten verließen daraufhin den Saal.

Schließlich wurde in namentlicher Schlußabstimmung die Geschäftsordnung in der neuen Fassung mit 303 Stimmen angenommen. Die Oppositionsparteien nahmen an dieser Abstimmung nicht mehr teil.

Kurz vor Mitternacht rief der Präsident dann noch die weiteren Punkte der Tagesordnung auf, nämlich die Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Reichspressegesetzes, wonach Abgeordnete künftig nicht mehr als verantwortliche Redakteure gezeichnet dürfen und die Anträge auf Aufhebung der Immunität bei Strafverfahren.

Frankreich baut Panzerkreuzer.

Ausarbeitung des Flottenbauprogramms. — Umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen gegen Luftangriffe.

— Paris, 10. Februar.

Wie verlautet, ist die Marinekommission der französischen Kammer gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines neuen Flottenbauprogramms beschäftigt. Nach den Mitteilungen über den Inhalt dieses Programms plant Frankreich den Bau einer Serie von Panzerkreuzern, von denen der erste in dem in Ausarbeitung befindlichen Entwurf angefordert wird. Ferner sollen

zwei 10 000-Tonnen-Kreuzer und einige Unterseeboote gebaut werden.

Nach dem „Matin“ wird das Flottenbauprogramm Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen geben, da „durch den Bau des Panzerkreuzers die ganze Flottenabrüstungsfrage, sowie der Ergebnisse der Londoner und der Genfer Konferenz aufgerollt werde“.

In einem Ministerrat, der am Montag stattfand, unterzeichnete der Staatspräsident Frankreichs ein vom Ministerpräsidenten, vom Innenminister, vom Kriegsminister, vom Marineminister und vom Luftfahrtminister vorbereitetes Dekret über einheitliche Vorbereitungsmaßnahmen gegen Luftangriffe. Marshall Pétain wurde mit der Durchführung dieser Maßnahmen betraut. Er legte deshalb sein Amt als Vizepräsident des Obersten Kriegsrates und als Generalinspekteur des Heeres nieder. An seiner Stelle wird der bisherige Generalstabschef General Bégnaud Vizepräsident des Obersten Kriegsrates und Generalinspekteur des Heeres und General Gamelin an Stelle Bégnauds Generalstabschef.

Die Krise auf dem Arbeitsmarkt.

Ein Vortrag des Präsidenten Dr. Syrup. — Eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik der beste Weg zur Gesundung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, äußerte sich im Rahmen einer gewerkschaftlichen Tagung über einige aktuelle Fragen der Arbeitsmarktpolitik. Präsident Dr. Syrup bezeichnete es als falsch, etwa den öffentlichen Hochbau bei Notstandsaktionen zu berücksichtigen. Zweckmäßiger sei dagegen die Errichtung ländlicher Siedlungen auch im Wege von Notstandsaktionen zur Beschäftigung erwerbsloser Arbeiter.

Unmöglich sei die Unterstützung einzelner Betriebe aus öffentlichen Mitteln. Werde ein Werk unterstützt, komme die ganze Industrie. Auch der Finanzminister habe bei seinen Plänen nicht an eine Subventionierung von Einzelbetrieben gedacht, sondern an eine Gruppenunterstützung.

Die Einführung der Kurzarbeit werde neuerdings auch von der Reichsanstalt unterstützt, damit der Zusammenhang zwischen Arbeitnehmern und Betrieb nicht zerrissen werde. Auch die Gewerkschaften gäben sich keinen Illusionen hin, daß durch Arbeitszeitverkürzung allein die Arbeitslosigkeit behoben werden könne.

Die Einführung eines neunten Schuljahres

würde die Reichsanstalt um 125 000 Personen oder 22 Millionen Mark entlasten. Mit 22 Millionen ließe sich aber eine Finanzierung des neunten Schuljahres nicht durchführen, besonders, wenn man noch Erziehungsbeihilfen geben müßte. Der Gedanke der Arbeitsdienstpfllicht sei utopisch. Auch der freiwillige Arbeitsdienst würde auf erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere bei der Art der Arbeit, stoßen. Beachtlich sei der Vorschlag des Staatsministers a. D. Dominicus, der die polnischen Wanderarbeiter durch den freiwilligen Arbeitsdienst ersetzen wolle. Die persönlichen und Arbeitskosten bei einem Arbeitsdienst von 100 000 Personen würden, abzüglich des freiverwendenden Unterstützungsbetrages der Reichsanstalt, 150 Millionen Mark betragen. Man müsse also in dieser Frage äußerst vorsichtig vorgehen und erst genaue Versuche anstellen.

Wert. Hier können vor allem die kleinen Kinder gesammelt werden. Das Heinefeld ist sehr kinderreich, da es sich bei den obdachlosen Familien vielfach um kinderreiche handelte, die keine Wohnung gefunden. Es gibt dort eine Familie mit insgesamt 23 Kindern und mehrere mit 12 und 14. Jetzt liegt die Betreuung der Kinder in der Hand von Kaiser'sworth, das eine leitende Schwester, eine ausgebildete Kindergärtnerin, eine Hortnerin und eine Anzahl von Seminaristinnen für die Arbeit auf dem Heinefeld stellt. Auch wird häufig in der Kaiser'sworther Frauenschule für den Kindergarten des Heinefeldes gekocht.

Außer der Kleinkinderschule werden auch die Mütter des Heinefeldes in dem „Gemeindehaus“ gesammelt. Anfangs erschienen sie nur zögernd und waren sehr zurückhaltend, aber bald fühlten auch sie sich, wie ihre Kleinen, unter der Betreuung der Schwester sehr wohl und bekamen Mut zu den kleinen Arbeiten, die sie hier zum Besten ihrer Kinder anfangen konnten. Auch von dieser Arbeit an den Frauen geht schon ein spürbarer Segen auf das Heinefeld aus.

Am wichtigsten schien die Arbeit eines Kinderhortes auf dem Heinefeld. Die schulpflichtigen Kinder besuchen die Schule in Unterrath. Aber am Nachmittag sind sie sich völlig selbst überlassen, haben beim engen Raum daheim keine Möglichkeit, ihre Schularbeiten zu machen und treiben sich nur zu oft mit schlechten Kameraden umher. Der Kinderhort konnte eingerichtet werden, als der Arbeiter R. sein Häuschen räumte, um, wie gesagt, in eine Siedlungskolonie zu ziehen. Seine Wohnstube wurde der Kinderhort und in die Kammer dahinter zog ein alter Ostpreuße als Wächter und Hauswart. Leider konnten bisher nur die Mädchen gesammelt werden, da die winzige Stube mit den 25 Kindern, die hier ihre Schularbeiten machen und sich später nach Belieben mit Spielen und Handarbeiten beschäftigen, mehr als überfüllt ist.

Die Buben stehen draußen und stehen auch aufgenommen zu werden, und da das nicht möglich ist, treiben sie allenthalben Unfug. So ist der Bau eines richtigen Gemeindehauses, das Kindergarten und Kinderhort für

Knaben und Mädchen genügend Raum bietet, und wo auch die Veranstaltungen der Kirche, wie Sonntagschule und Bibelstunden Platz haben, eine Lebensnotwendigkeit für das Heinefeld. Die kirchliche Betreuung der evangelischen Bewohner des Heinefeldes liegt in den Händen des Unterrather evangelischen Pfarrers und die Gemeindefunktionäre aus Unterrath hält hier Sonntagschule. Die ablehnende Stellung der Heinefelder gegen den Versuch der Kirche, sich ihrer anzunehmen, ist in den meisten Fällen einem herzlichen Zutrauen gewichen. Sie fühlen: „Es ist jemand da, der sich um uns kümmert. Wir sind nicht so verlassen und ausgelassen, wie wir gewohnt!“ Sie haben auch manchen praktischen Rat und manche greifbare Hilfe erfahren, und so öffnen sich denn die Herzen allmählich auch für das Beste, was die Kirche zu geben hat. Aber nun fehlt der Raum, um sie zu versammeln. Es ist klar, daß das dürftige Stübchen, von 4 mal 5 Metern, in dem die 40 kleinen Kinder einander fast auf dem Schoß sitzen, keine größere Versammlung Erwachsener aufnehmen kann. Auch die Weihnachtsfeier des Kindergartens und Kinderhortes der Höhepunkt im Leben der Heinefelder, muß in das benachbarte Schützenhaus verlegt werden. Über 300 Personen versammeln sich zu dieser Feier. Es war für mich etwas Wunderbares, mit soviel abgehärmten Vätern und Müttern kürzlich am Kripplein des Christkinds zu stehen und in ihren Gesichtern einen Widerchein der Freude zu sehen, die ihnen aus den Augen ihrer Kinder entgegen strahlte. Das war wirklich Weihnachten! Es kämen wohl noch mehr, wenn der kleine winkelige Saal des Schützenhauses mehr Menschen fassen könnte. Ach, und wie gönnt man den Heinefeldern die Weihnachtsfreude und wie möchte man sie alle, alle unter das Licht stellen, das vom Kripplein ausgeht!

Da ist es eine tapfere Tat des Unterrather Pfarrers, daß er trotz der Not der Zeit an den Bau eines größeren Versammlungshauses für das Heinefeld schreiten will, das für diese Leute, die sich vielfach von der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, von ganz großer Bedeutung werden kann. Ein Teil der Mittel für das Haus, das nach Heinefelder Art ganz billig von den Arbeitslosen des Heinefeldes gebaut wird, ist bewilligt. Aber

noch fehlt vieles. Vielleicht ist dem einen und anderen unter den Aufwärtslesern, der ein freundliches Heim sein eigen nennt, und seine Kirche hat, in der er Gottes Wort reichlich hört, und sein Gemeindehaus, in dem er zu Feiertagen sich mit Gleichgesinnten versammeln kann, die Not des Heinefeldes zu Herzen gegangen und er hat ein Scherflein übrig, um es für den Neubau des Kinderhortes und Versammlungssaales auf dem Heinefeld zur Verfügung zu stellen. Und wenn das Scherflein in der jetzigen Notzeit ein wirkliches Opfer bedeutet, so tut das nichts. Es ist ja verfallenden Brüdern gespendet, denen die Not des Lebens den Blick für das Ewige verbaut hat. Es ist Kindern unseres Volkes gespendet, die unter der Leitung der Schwestern vor den Gefahren ihres Lebens in Not und Elend bewahrt bleiben und zu nützlichen Menschen — und seligen Gotteskindern erzogen werden sollen.

Ueber solche Gaben freuen sich von Herzen Pastor Mockert in Düsseldorf-Unterrath, Mornstraße, Postfachkonto 10768 Frankfurt a. M., und der Vorsteher des Diakonissen-Mutterhauses in Düsseldorf-Kaiserswerth, Pastor Graf von Lüttichau, Postfachkonto Offen 253, Vermerk „für Heinefeld“.

Einen ersten Blick in ein Kapitel deutscher Not haben wir durch unseren Besuch auf dem Heinefeld, nicht weit von Leo Schlageters Richtstätte, getan. Es ist, wenn auch die größte, so doch nicht die einzige Siedlung dieser Art. Allüberall schießen die wilden Siedlungen am Rande der westdeutschen Großstädte wie Pilze aus dem Boden hervor. Sie bergen eine Unsumme von Elend, ein Elend, von dem sich der, der es nicht mit eigenen Augen gesehen hat, kaum eine Vorstellung machen kann. Und doch reden sie auch eine deutliche Sprache vom deutschen Willen zur Selbsthilfe und dem Verlangen der deutschen Familie nach „eigenem Heim auf eigener Scholle“. Es liegt etwas Hoffnungsvolles in diesem Verlangen, in dem die Notwohnung in der Heide draußen, mit all ihren schreienden Mängeln den Mietskasernen oder dem Obdachlosenstahl vorgezogen wird. Wann wird die Stimme gehört werden, die aus den Herzen der Wohnungslosen draußen zum Himmel emporstreift?

Am all den Vorschlägen steht ein guter Kern, eine Lösung des Problems könne aber nur eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik bringen. Zum Schluss gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Anzeichen eines Konjunkturaufschwunges nicht trügen und wir bald zu einer Konsolidierung unserer Gesamtpolitik kommen möchten.

Dr. Külz Oberbürgermeister von Dresden.

— Dresden, 10. Februar. In der Stadtverordnetenversammlung am Montagabend wurde Reichsminister a. D. Dr. Külz von den Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Staatspartei zum Oberbürgermeister der Stadt Dresden gewählt. Dr. Külz nahm das Amt an.

Verschiedenes.

Gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen. Im Jahre 1930 sind an 179 Sprechtagen an insgesamt 697 Personen 733 Auskünfte, davon 142 schriftliche, erteilt worden. Dieselben beziehen sich auf die verschiedensten Gebiete des bürgerlichen Rechts, der sozialen Gesetzgebung und des Steuerwesens. Die Beratung geschieht kostenlos; Sprechstunden finden statt in

Glücksburg, Evang. Vereinshaus, am 2. und 4. Montag im Monat, von 5 bis 7 Uhr; Herford, Evang. Vereinshaus, am 2. und 4. Sonntag im Monat, von 3 bis 5 Uhr; Lübeck, Evang. Vereinshaus, am 4. Sonntag im Monat, von 3 bis 5 Uhr; Holzhausen, Konfirmandensaal, am 1. Sonntag im Monat, von 10 bis 12 Uhr; Bad Döberitz, Evang. Vereinshaus, am 1. und 3. Dienstag im Monat, von 4 bis 6 Uhr; Gohfeld, Evang. Vereinshaus, am 4. Dienstag im Monat, von 5 bis 7 Uhr; Minden, Evang. Vereinshaus, jeden Dienstag von 10 bis 12 Uhr; Brackwede, Evang. Vereinshaus, am 2. und 4. Montag im Monat, von 2 bis 4 Uhr.

Neudruck von Frachtbriefen.

Die Frachtbriefhersteller sowie die Verkehrtreibenden werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Beschaffung

größere Vorräte an Frachtbriefordrucken nicht ratsam ist, weil nicht ausgeschlossen ist, daß in absehbarer Zeit mit Rücksicht auf notwendige Vereinfachungen und Verbesserungen des Abfertigungsdienstes das 3. gültige Frachtbriefmuster doch geändert werden muß und eine Verlängerung der Abfertigungsfrist der bisherigen Frachtbriefe kaum zu erwarten ist.

Frühjahrs-Messe-Konferenz 1931 des Verbandes gläubiger Kaufleute im Saale des Christlichen Volksdienstes, Leipzig C 1, Otto-Schill-Straße 7. Eintritt frei. Beginn abends 8 Uhr.

Sonntag, den 1. März: Geleitwort 2. Timotheus 4,18. Geselliges Beisammensein, Begrüßungen (Tee und Gebäck). Montag, den 2. März: Vortrag des Vorsitzenden unseres Verbandes, Fabrikant Carl Ufer, Wuppertal-Barmen, Thema: „Die Forderungen Gottes an den gläubigen Kaufmann der Jetztzeit.“ Dienstag, den 3. März: Freie Aussprache über das Thema: Die Forderung Gottes an den gläubigen Kaufmann der Jetztzeit. Auskunft bei Maximilian Koelsch, Leipzig C 1, Johannisplatz 11, Fernruf 10071.

...halb Bohnenkaffee, halb Kathreiner, das schmeckt wundervoll- und Sie sparen schönes Geld dabei...

Gesundheit aus Obstgärten und Weinbergen durch gesunde Früchteverwertung. Von C. Schlieffmann und J. Baumann. (Verlag von Eugen Ulmer, Stuttgart, Olgastraße 83.) Dieses wertvolle Büchlein weist endlich einmal den einheimischen Obstzeugnissen die ihnen gebührende Beachtung zu und sollte deshalb in jedem neuzeitlichen Haushalt, in jeder fortschrittlich geführten Anstaltsküche als praktischer Ratgeber vertreten sein. Dann würde es um die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit, ja sogar um die natürliche Schönheit in unserem Volke besser bestellt sein.

Bethel.

70. Geburtstag. Heute, am 10. Februar, feiert Herr Karl Kruppe, seit 34 Jahren Buchhalter auf der Hauptkassenverwaltung, seinen 70. Geburtstag. Das ist eine willkommene Gelegenheit, den stillen, fleißigen, korrekten Mann auch hier einmal zu grüßen und ihm Gottes reichen Segen zu diesem Tage und für sein ferneres Leben zu wünschen. Der 70-Jährige ist immer nur den ganz bescheidenen Weg der Pflicht gegangen. Aber noch heute wie vor 34 Jahren tut er diese Pflicht mit derselben Pünktlichkeit, Korrektheit und Frische. Die Hauptbücher, die er zu führen hatte, sollen ein überzeugendes Bild davon geben. Für Herrn Kruppe und für die ganze Anstalt ist es Grund zur Dankbarkeit, daß er sein verantwortungsvolles Amt so lange verwaltet konnte. Möchte er seiner Arbeit und seiner lieben Familie noch recht lange erhalten bleiben.

— Zum **Missionsnäh** am Mittwoch, 11. Februar, 3½ Uhr im Großen Saal, findet herzlich ein

— **Gemeindeabend.** Für die Eltern und alle Freunde unserer Jugend soll **Mittwoch, den 11. Februar 1931**, abends 8¼ Uhr — in Gosen (nicht Assaphum) — ein Gemeindeabend gehalten werden. P. Decius aus Brahe, der als Leiter der Minden-Ravensberger Kindergottesdienstliche Weithin bekannt ist, wird einen Vortrag halten über das Thema: „Eternfreude am Kindergottesdienst“. Im Anschluß daran will Pastor Wilmanns noch einiges zu der Frage sagen: „Wie wecken wir in der heranwachsenden Jugend Verständnis für das Gemeinleben?“ Der Kinderchor von Bethaida und das Bläser-Orchester werden die Umrahmung für die Veranstaltung geben. Es wäre sehr erwünscht, daß die Teilnehmer durch Ergänzungen und Anfragen zur Bereicherung dieses Gemeindeabends beitragen. Es wird aufs herzlichste eingeladen.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. H. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Vielesfeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postkontokonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Vielesfeld. Fernruf 3911/3919. Amt Vielesfeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Statt Karten.

Heute mittag um 2½ Uhr ist mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Diafon a. D.

Johannes Klammer

im 66. Lebensjahre plötzlich und unerwartet sanft entschlafen.

In tiefer Trauer:

Anna Klammer, geb. Dauwes
Hans Klammer
Elisabeth Klammer
Emilie Klammer

Bethel, den 9. Februar 1931.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Febr., nachmittags 3 Uhr von der Stionskirche aus statt.

Wir suchen für eine Gruppe

14-16jähriger Mädchen (keine

Fürsorgegehilfen) eine

Erzieherin

die perfekt ist im Nähen und allen Hausarbeiten. Bewerberinnen mit Lehrberechtigung für einige Fächer der Fortbildungsschule erhalten den Vorzug. Angebote mit Lichtbild, Zeugnisabschriften, Referenzen u. Gehaltsansprüchen erbeten an das

Ev. Kinderheim Godesheim bei Godesberg a. Rh.

Chepaar

sucht christl. Altersheim. Genaue Off. erb.: A. Z. 100, postlag. Sondershausen.

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Ebert

Benneckenstein-Hochhaus

unweit Braunlage

Pastor Felckeburg. Prosp. freil.

Kein Walfahrt.

Buchhalter

(Christl. 25 Jahre alt) 11 Jahre in Banken, Zeitungsverlag und Lederindustrie tätig, arbeitet gewissenhaft, freudig, selbständig und bilanzfähig, 3. Jt. in ungehinderter Stellung, wünscht sich zu verändern. Branche gleich, da unbedingt anpassungsfähig. Gefällige Angebote erbeten mit A 1136 an d. Geschäftsst. d. Bf.

Unser

Weißwaren-Sonderverskauf

beginnt am Mittwoch, dem 11. Februar

Ophir

Vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Haushaltungsschule „Marthahaus“

des Diakonissenhauses Elisabethenstift, Darmstadt

Ausbildung in allen Zweigen des Haushaltes.

Christliche Erziehung und Unterricht. Eintritt: 1. April oder

1. Mai. Jahres- und Halbjahreskurse. Alter 14-22 Jahre.

Anfragen an die Leitung des Marthahauses, Stiftstraße 14.

Hospize und Heime

Christliches Erholungsheim „Viel“, Bad Döberitz, Wehstr. 15, Bart. 1. und 2. Etg. 18 gut eingerichtete Zimmer, Abendessen, Wäsche, Bettzeug, Kuchenservice, Wäsche, Bettzeug, Kuchenservice, Wäsche, Bettzeug, Kuchenservice.

Bad Sachsa, Mittelpunkt des Sächsischen, Christliches Erholungsheim „Rust und Bismarck“, Februar bis November geöffnet. Zentralheizung, elektr. Licht, gute Verpflegung. Pension: 1.50 Mk. bis 6.00 Mk.

Vielesfeld, Christl. Hospiz: Tel. 2901. Bahnhofstraße 30. Einzelzimmer 2-3 Mk., Doppelzimmer 4-6 Mk. Gute Speisen und Getränke. Aut. Unterhand.

Benneckenstein im Harz, Ruchaus, Tanne, Wald, Christl. u. a. 5 km. vom Bahnhof. Pension: 7.00 bis 12.00 Mk. an. Horsthaus.

Nordsee, Kaiser Wilhelm Koog bei Barmstede, Heide, Stilles Christl. Erholungsheim mit dem See, gute Verpflegung, täglich frische Milch, da eigene Landwirtschaft. Tagespreis: je nach Zimmer 4-5 Mk. Frau Agnes Wagemann, geb. Godeffing.

Haus „Waldes“, Christl. Erholungsheim, 1. u. 2. Etg. (Streda-Siegen-Straße). Einzige ruhige Lage in einem stillen, ummauerten Tale des Siegenlandes, abseits vom Lärm der Stadt und Staub der Straßen. Angenehme Aufenthalt, gute bürgerliche Küche, 4 Wohlfühlbetten, täglich frische Milch, 4 Wohlfühlbetten, täglich frische Milch, 4 Wohlfühlbetten, täglich frische Milch.

Herrenfels (Werra-Schwarz), Erholungsheim „Grüner Wald“ (Christl. Haus, Naturgemüthlichkeit, gute Verpflegung, Einrichtung für Bade- u. Kneipkuren. Man verlange Prospekt. Fernruf Nr. 24.

Freiburg i. Breisgau, Hotel zum Bären (Christl. Hospiz), 8 Minuten links vom Bahnhof. Friedrichstr. 18.

Erholungsheim d. Evg. Diakonissenvereins (Mitglied des Verbandes Christlicher Hospize) 1. Tabors in Zwickau, „Haus Veronika“ in schöner Lage am Zwickauer Berg im Landschaftsgarten. Tagespreis 6.00 bis 6.50 Mk.

2. Kaiser-Wilhelmshöhe, „Waldparkhaus“, Lindenstraße 13, wunderschöne, windgeschützte, haubfreie und sonnige Lage a. Hahnenwald, Vielesfeld, gr. Garten. Tagespreis 7.50 bis 8.50 Mk., Doppelzimmer 12.00 bis 13.00 Mk.

— In beiden Häusern Preise einzeln. Nebenkosten, gute reichl. Verpflegung, elektr. Licht und Warmwasserheizung. Angenehme, ruhige, gesellige, Sommer- und Winteraufenthaltsort. Anfr. an die betreffenden Leitungen.

Christl. Erholungsheim Wächterhof, Wächterhof, 1. u. 2. Etg., 5 km. von Wächterhof, mit eigenem Garten und Berganlagen. 5 Minuten von der Endstation der Gebirgsbahn entfernt. Freundliche Zimmer, gute Verpflegung, Preis 4-5 Mk. Prospekt und nähere Auskunft durch d. Heimleitung.

Carlsruhe, das Nordseebad am Großschaffhauserweg, Nordsee, 1. u. 2. Etg., 5 km. von Carlsruhe, in nächster Nähe des Strandes. Begehrtes Wohnort, fließendes Wasser, lauwarm und warm. Anerkannt gute Küche. Das ganze Jahr geöffnet. Pension von 12.00 bis 15.00 Mk. an. Zimmer von 12.00 bis 15.00 Mk. an.

Waldenheim, Christl. Erholungsheim: Solisrieden, 1. u. 2. Etg. (Waldenheim), 5 km. von Waldenheim, in nächster Nähe des Strandes. Begehrtes Wohnort, fließendes Wasser, lauwarm und warm. Anerkannt gute Küche. Das ganze Jahr geöffnet. Pension von 12.00 bis 15.00 Mk. an. Zimmer von 12.00 bis 15.00 Mk. an.

Waldenheim, Christl. Erholungsheim: Solisrieden, 1. u. 2. Etg. (Waldenheim), 5 km. von Waldenheim, in nächster Nähe des Strandes. Begehrtes Wohnort, fließendes Wasser, lauwarm und warm. Anerkannt gute Küche. Das ganze Jahr geöffnet. Pension von 12.00 bis 15.00 Mk. an. Zimmer von 12.00 bis 15.00 Mk. an.

Waldenheim, Christl. Erholungsheim: Solisrieden, 1. u. 2. Etg. (Waldenheim), 5 km. von Waldenheim, in nächster Nähe des Strandes. Begehrtes Wohnort, fließendes Wasser, lauwarm und warm. Anerkannt gute Küche. Das ganze Jahr geöffnet. Pension von 12.00 bis 15.00 Mk. an. Zimmer von 12.00 bis 15.00 Mk. an.

Waldenheim, Christl. Erholungsheim: Solisrieden, 1. u. 2. Etg. (Waldenheim), 5 km. von Waldenheim, in nächster Nähe des Strandes. Begehrtes Wohnort, fließendes Wasser, lauwarm und warm. Anerkannt gute Küche. Das ganze Jahr geöffnet. Pension von 12.00 bis 15.00 Mk. an. Zimmer von 12.00 bis 15.00 Mk. an.

Bad Nauheim, Villa Wilhelm, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Heidelberg, Christl. Hospiz am Riedel, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darmstadt, Christl. Hospiz, Vereinsheim, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Bad Godesberg a. Rh., Haus v. Below, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Bad Godesberg a. Rh., Haus v. Below, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Bad Godesberg a. Rh., Haus v. Below, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Bad Godesberg a. Rh., Haus v. Below, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Bad Godesberg a. Rh., Haus v. Below, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Bad Godesberg a. Rh., Haus v. Below, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Darlingrode b. Wernigerode, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Neulandhaus, Eisenach, nächst der Wartburg.

Homburg, Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Homburg, Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Homburg, Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Homburg, Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Homburg, Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Homburg, Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Homburg, Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Homburg, Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.

Berlin N 24, Hotel Christl. Hospiz, 1. u. 2. Etg., 19. Zimmer mit Frühstück für 3.50 Mk. an. Zimmer mit voller Verpflegung von 6.50 bis 8.50 Mk. an.